

Ressort: Politik

Bundeskabinett beschließt Mietpreisbremse

Berlin, 01.10.2014, 13:38 Uhr

GDN - Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Gesetzentwurf zur sogenannten Mietpreisbremse verabschiedet. Wird der Gesetzentwurf auch von Bundestag und Bundesrat verabschiedet, dürfen Mieten bei Wiedervermietung bestehender Wohnungen nur noch maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, wie die Bundesregierung mitteilte.

Allerdings solle die Mietpreisbremse ausschließlich in Gegenden gelten, die von den Ländern als Gebiete mit "angespannter Wohnungslage" ausgewiesen werden. Neubauten oder umfassend modernisierte Wohnungen bleiben ganz außen vor. Eine umfassende Modernisierung liege vor, "wenn die Investition dafür rund ein Drittel des Aufwands für eine vergleichbare Neubauwohnung erreicht", teilte die Bundesregierung weiter mit. Bundesverbraucherminister Heiko Maas (SPD) bezeichnete die Verabschiedung des Gesetzentwurfs als "einen guten Tag für Mieter". Er trage dazu bei, dass Mieten auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben. Das Gesetz soll spätestens Mitte 2015 in Kraft treten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-42062/bundeskabinett-beschliesst-mietpreisbremse.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619